

**Kommunalpolitische Erklärung der Fraktion der Freien Wähler im  
Gemeinderat Leonberg 2015**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schuler,  
sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Dr. Vonderheid,  
meine Damen und Herren,

vordergründig, so könnte man meinen, ist alles in Ordnung. Zumindest hat uns die Verwaltung einen genehmigungsfähigen Planentwurf für das kommende Jahr vorgelegt. Vieles dort ist – teilweise auf Grund von Gemeinderatsentscheidungen der vergangenen Jahre, aber auch durch Vorgaben übergeordneter Instanzen,- vorbestimmt.

Aber es reicht nicht aus, zu sagen:

„Zum Glück gibt es Sachzwänge. Sonst müssten wir uns etwas einfallen lassen.“ (Zitat von Walter Ludin, Schweizer Journalist)

Letztes Jahr noch hatten wir befürchtet, dass wir dieses Jahr die Verschuldung von 100 Mio. Euro im städtischen Kernhaushalt überschreiten werden. Insbesondere Dank der guten konjunkturellen Lage und der damit verbundenen hervorragenden Einnahmesituation war dies jedoch

bislang noch nicht der Fall. Aber die von der Verwaltung vorgelegte mittelfristige Finanzplanung zeigt deutlich, dass das Überschreiten dieser Schamgrenze für uns bereits im kommenden Jahr kein Problem mehr darstellen wird. Es ist bezeichnend, dass trotz hervorragender Konjunktur und zeitgleich bestehender niedrigen Zinsen die Verschuldung der öffentlichen Haushalte ansteigt.

Aber wo gehen diese, unsere Gelder, im Wesentlichen in Leonberg hin? Im investiven Bereich schlägt hier maßgeblich der Bau des neuen Rathauses zu Buche.

In Bezug auf den Verwaltungshaushalt sind allein ca. 25 Mio. Euro an Investitionen für Bildung und Betreuung einschließlich Jugendarbeit, Bücherei, Jugendmusik- und Volkshochschule geplant.

Für die nächsten Jahre sieht die mittelfristige Finanzplanung jeweils negative Nettoinvestitionsraten mit einem jährlichen Steigerungspotential von 3 Mio. Euro vor. Im Ergebnis wird dies dazu führen, dass bereits nächstes Jahr sämtliche vorhandenen Rücklagen aufgelöst werden. Für die Folgejahre, sofern nicht ein restriktiver Sparkurs eingeschlagen wird, sind zusätzliche Mittel, entweder über die zur Verfügungstellung von Ersatzdeckungsmitteln (Vermögensverzehr), Erhöhung der Einnahmen oder zusätzliche Schuldenaufnahme erforderlich. Für das laufende Jahr

schlägt die Verwaltung keine Steuererhöhungen vor, was wir grundsätzlich begrüßen. Dies dürfte jedoch vorrangig der Tatsache geschuldet sein, dass von den politischen Parteien, vor dem Hintergrund der anstehenden Wahlen, keine Zustimmung zu erwarten ist.

Die derzeitige Zuwanderungsproblematik schlägt im Rahmen des Haushaltsplanentwurfes für das Jahr 2016 noch kaum zu Buche. Auch dürften hier die, wie wir zwischenzeitlich wissen, viel zu niedrigen Planzahlen aus Mitte 2015 zu Grunde gelegt worden sein. Diese Problematik wird uns künftig wirtschaftlich und infrastrukturell erheblich fordern. Aber auch hier gilt: Wir als Kommune, als unterste Verwaltungsebene, müssen das, was von oben kommt umsetzen und Deckungslücken bezahlen.

Auf zahlreiche dieser Probleme haben wir schon in unseren haushaltspolitischen Erklärungen der letzten Jahre hingewiesen.

Das Gebot der Stunde ist, Einsparpotenziale aufzuzeigen, selbst wenn dies zu Lasten vorhandener Einrichtungen und Institutionen geht.

Positiv zu vermerken sind die Effekte einer nachhaltigen Verbesserung des Steueraufkommens im Bereich Anteil Einkommensteuer, Grundsteuer und Gewerbesteuer auf Grund realisierter Wohn- und Gewerbegebiete.

Im Einzelnen:

### Stadtentwicklung/Infrastruktur

Vor dem Hintergrund der verstärkten Zuwanderung wird die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes dringlicher denn je. Auch hier muss die große Politik zeigen, was ihr jetzt wichtiger ist: Schutz der Menschen, der Natur oder die Bereitstellung von Wohnbauflächen mit dem Ziel, eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt, auch für die bereits hier Lebenden, zu ermöglichen.

In Bezug auf das Layher-Gelände ist aus unserer Sicht der städtebauliche Vertrag endverhandelt. Wie es hier weitergeht hängt vom Verhalten des Grundstückseigentümers ab.

Dessen ungeachtet ist es unsere Aufgabe, im Bereich des Stadumbaues/Brückenschlag weiter tätig zu werden und Planungsperspektiven für das Postgelände aufzuzeigen.

Auch sollten Bemühungen zum Erwerb des Gebäudes Bahnhofstraße 3 unternommen werden. Für die Umgestaltung des Marktplatzes beantragen wir, zur Ermöglichung einer weitergehenden Pflasterverfugung für den Abschnitt Graf-Eberhard-Straße bis Klosterstraße, zusätzliche 25.000,-- Euro sowie für die dringend erforderliche Verbesserung des

Sockels des alten Rathauses am Marktplatz ebenfalls 25.000,-- Euro einzustellen.

Im Bereich der Gewerbeflächen sehen wir nach wie vor einen erheblichen Zusatzbedarf, gleichwohl wir die anstehende Vermarktung des Gebietes Leo-West begrüßen. Konzepte sind hier für Erweiterungen der Gewerbegebiete in Gebersheim und Höfingen zu erarbeiten.

Bei der Stadthalle sind Bemühungen erforderlich, um das regelmäßige Defizit nicht weiter ausufern zu lassen. Dessen ungeachtet sind Lösungen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität am Bürgerplatz und der maroden Teilüberdachung vor der Stadthalle zu suchen. Wir beantragen, anstelle der Kurzzeitparkierung auf dem Bürgerplatz für den Bring- und Holverkehr des Kinderhauses am Stadtpark, im Bereich der Zufahrt, dauerhaft einige Stellplätze einzurichten. Der Bürgerplatz kann dann von Fahrzeugen frei gehalten werden und eventuell der Stadthallengastronomie als Bewirtschaftungsfläche in den Sommermonaten zur Verfügung gestellt werden.

Nach Fertigstellung des Kinos in den Riedwiesen muss der ÖPNV darauf umgestellt werden, auch von der Stadt aus das Kino entsprechend anzubinden.

Auf unsere Anträge zur Verbesserung des Hochwasserschutzes, insbesondere im Mahdental, wurde bislang leider nicht reagiert. Ferner bitten wir zu prüfen, wie weit Verbesserungen am Hauptsammler im Bereich der Kirchbachstraße für Starkregenfälle notwendig und erforderlich sind.

Eine verbesserte städtebauliche Nutzung des Parkplatzes gegenüber dem TSV-Gelände im Bereich der Bruckenbachstraße an der Ortseingangssituation ist dringend erforderlich.

Nach unserer Auffassung ist im Übrigen die Treppenanlage im Parkhaus Bahnhofstraße an der falschen Kostenstelle verbucht.

Die ursprünglich Vorhandene musste nicht wegen Funktionsunfähigkeit abgetragen werden, sondern wurde zugunsten des Neubaus des Parkhauses abgerissen. Entsprechende Kosten sind daher auch beim Eigenbetrieb zu verbuchen.

Ferner beantragen wir für eine Toilettenanlage im Bahnhofsbereich 50.000,-- Euro in den Haushalt einzustellen.

Für Warmbronn (aus Richtung Leonberg) wird angeregt, zu prüfen, ob das Ortseingangsschild nicht vor die Bushaltestelle verlegt werden kann, um so eine größere Verkehrssicherheit zu erzielen.

Auch verstehen wir das Schwarze-Peter-Spiel zwischen Stadtverwaltung und Landkreis im Hinblick auf den Wertstoffhof nicht. Unserer Information zufolge liegt hier den Beteiligten das Angebot eines verträglichen Standortes vor. Es ist zeitnah eine Lösung zu schaffen. Inakzeptabel ist, Streitigkeiten auf dem Rücken der Bürger auszutragen.

Ferner wird die Verwaltung gebeten, im Hinblick auf die Anbringung einer Giebelbeleuchtung im Rathaus Eltingen Planungen einzuleiten und hier Finanzierungskonzepte, insbesondere unter Berücksichtigung eines möglichen Sponsorings Privater, aufzuzeigen.

Investitionen ins Radwegenetz in Höhe von 50.000,-- Euro sollten gestrichen werden. Wir halten es hier jedoch für überlegenswert, ob dieser Mittelansatz nicht in die Unterhaltung des auch und zunehmend von Freizeitsportlern und Radfahrern genutzten Feld- und Waldwegenetzes investiert werden sollten.

Darüber hinaus darf das Thema schnelles Internet nicht vernachlässigt werden. Offensichtlich gibt es Zuschüsse vom Land zur Breitbandversor-

gung an Schulen. Wir beantragen daher eine Planung zur Bereitstellung schnellen Internets, wenigstens für unsere weiterführenden Schulen, und in die Planung etwaige Erweiterungsmöglichkeiten für Private einzubeziehen.

Nach wie vor nicht aus dem Auge verloren werden darf das Krankenhaus in Leonberg. Wichtig ist, dass die angekündigten Investitionen in den Klinikstandort Leonberg auch tatsächlich seitens des Landratsamtes erfolgen.

Der von der Verwaltung vorgeschlagene Ausbau der Greutstraße sollte auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. In diesem Kontext verwundert der Kostenansatz von 0 Euro für die Substanzverbesserung der Straßen, so dass insoweit der für den Ausbau der Greutstraße vorgesehene Betrag hier besser angelegt wäre.

Im Bereich der Kreuzung in Höfingen, Einmündung von der Landesstrasse von Schöckingen in die Straße nach Ditzingen, sind Optimierungsmodelle zur Leistungsfähigkeit und Verkehrssicherheit zu erarbeiten.

Kinderbetreuung, Schulen, Soziales:



Der Anstieg der Personalkosten im Bereich der Kinderbetreuung war auf Grund des gestiegenen Volumens der geschaffenen Betreuungsplätze vorhersehbar.

Wir beantragen hier, dass die Verwaltung eine Übersicht über die jeweilige Personalausstattung der einzelnen Einrichtungen und die Auslastungsgrade erstellt. Ferner beantragen wir die Anpassungen der Gebühren im Bereich Jugendmusikschule, Volkshochschule, Friedhöfe, Kindergärten und Bäder.

Jugendmusikschule, Erwerb eines Steinway-Flügels: Gemäß vorliegender Information verfügt die Stadt Leonberg über insgesamt 4 Steinway-Flügel, welche für die Nutzung durch die hochbegabten Schüler der Jugendmusikschule ausreichend sein müssten. Die Beschaffung eines weiteren Steinway-Flügels zum Preis von 63.000,-- Euro stellt bei der bestehenden Hochverschuldung der Stadt einen verzichtbaren Luxus dar.

Der Abmangel bei der Jugendmusikschule sollte um ca. 50.000,-- Euro vermindert werden.

Die Verwaltung möge bezüglich der Volkshochschule aufzeigen, ob nicht Kurse in der ehemaligen Schuhfabrik stattfinden könnten und damit

weniger Ausgaben für die Anmietung von Drittimmobilien erforderlich sind.

Bei der Volkshochschule sollte das Kurssystem überprüft werden. Kurse sind definitiv nur durchzuführen, wenn dies wirtschaftlicher ist, als wenn diese entfallen würden. Der Zuschussbedarf ist um ca. 40.000,-- Euro zu kürzen.

Im Bereich Hallenbad, Leo-Bad und Sauna sollten ursprünglich viele Aufgaben von den bislang bereits vorhandenen Bäder-Mitarbeitern erledigt werden. Weswegen hier jetzt zusätzliches Personal erforderlich sein soll, ist nicht nachvollziehbar.

Bei der künftigen Entwicklung des Leo-Bades sind wir gegen eine Umnutzung von Teilen der Liegewiese in Wohnbauflächen.

Oberlinhaus: Insoweit beantragen wir hier zunächst einen Sperrvermerk, um, nach einem Ortstermin, eine Entscheidung über den Neubau treffen zu können.

Immerhin wurde dort erst vor wenigen Jahren der komplette Sanitärbereich generalsaniert.

August-Lämmle-Schule: Hier haben wir mit Verwunderung zur Kenntnis genommen, dass angeblich eine Erweiterung der Mensa gewollt ist. Als die Entscheidung im Hinblick auf die Schaffung einer Gemeinschafts-

schule anstand, wurde uns erklärt, dass keine Investitionen in den Ausbau der räumlichen Kapazitäten erforderlich sind. Vor diesem Hintergrund ist es für uns nicht nachvollziehbar, wenn hier mit einem zeitlichen Versatz von 2 Jahren dennoch solche Wünsche geäußert werden.

Möglicherweise kann die vorhandene Mensa zeitlich gestaffelt (2 Schichten) genutzt werden.

Schulhof Mörike-Schule: Nachdem der Schulhof auf Grund des Baus der Mensa erheblich kleiner geworden ist, schlagen wir die Kürzung der veranschlagten Mittel um 25.000,-- Euro vor.

Gerhart-Hauptmann-Realschule, Dachsanierung: Wir beantragen die Kürzung um 50.000,-- Euro.

Tartanplätze beim Sportzentrum: Nur Reparatur, nicht Komplettsanierung, da die entsprechenden Plätze offensichtlich vom Schulsport so gut wie nicht genutzt werden; es stellt sich die Frage der Erforderlichkeit einer entsprechenden Investition. Möglicherweise wäre ein Gesamtpaket mit der Überdachung der vorhandenen Plätze zu überprüfen, so dass diese witterungsunabhängig genutzt werden könnten.

Wir beantragen ferner, die eingeplanten Mittel für eine 0,5 Stelle für die Jugendsozialarbeit am JKG ersatzlos zu streichen.

Wie bereits letztes Jahr beantragt, sind die Kostenansätze betreffend Fenstersanierung Spitalschule, Theater im Spitalhof und Kinderhaus Spitalhof in die Zukunft zu verschieben.

Auch das Ezach-Kinderhaus, welches ersetzt werden soll, sollte vorab durch den Gemeinderat besichtigt werden.

Auch fordern wir weiterhin, dass die Verwaltung Wege aufzeigt, wie der Betrieb eines G9 an einem der städtischen Gymnasien künftig umgesetzt werden kann.

#### Verwaltung und Sonstiges:

Personalkosten: Jede Personalie/Beförderung ist zu hinterfragen.

Fahrzeugkosten: Auffällig ist, dass hier, trotz Anmietung/Leasing von Ersatzfahrzeugen regelmäßig die für die Unterhaltung von Fahrzeugen eingestellten Mittel nicht niedriger als in den Vorjahren in Ansatz gebracht werden.

Es stellt sich die Frage der Zweckmäßigkeit des Leasings von Ersatzfahrzeugen, wenn dadurch keinerlei Ersparnisse generiert werden. Wir denken, dass hier durchaus Optimierungs- und Einsparspielräume bestehen, welche die Verwaltung zu nutzen hat.

Ordnungsamt: Hier ist die Beschaffung von 2 zusätzlichen Rotlichtüberwachungsanlagen geplant.

Erfahrungsgemäß geht damit einher der Wunsch nach personeller Verstärkung, um das erwartete erhöhte Bußgeldaufkommen bearbeiten zu können.

Vor diesem Hintergrund schlagen wir vor, dass nur eine Rotlichtüberwachungsanlage zusätzlich beschafft wird. Die derzeit im Bereich der Südrandstraße/Einmündung Berliner Straße vorhandene Rotlichtüberwachungsanlage kann umgesetzt werden, da dort mittlerweile das Gebührenaufkommen erheblich zurückgegangen ist, auf Grund der Gewöhnung der Verkehrsteilnehmer an die Überwachung.

Nachdem die Stadtwerke - so zumindest die erklärte Absicht - Geld erwirtschaften sollten, stellt sich die Frage, weswegen hier eine Rücklagenzuführung an die Stadtwerke geplant ist.

Baubetriebshof: Hier hatten wir bereits vor einem Jahr die Besichtigung des Baubetriebshofes beantragt; insbesondere die Maschinen/Fahrzeuge, die zum Ersatz anstehen, sollten anlässlich der Besichtigung präsentiert werden. Nunmehr steht die Beschaffung eines Großgeräteträgers an.

Wir erwarten seitens der Verwaltung, dass aufgezeigt wird, welche kostengünstigen Alternativen zur Verfügung stehen, ggf. auch die Beschaffung von Fahrzeugen mit Tageszulassung und Überprüfung, ob das zu ersetzende Fahrzeug, beispielsweise im Wege der öffentlichen Versteigerung über eine Internetplattform, einen höheren Verkaufserlös, als die veranschlagten 15.000,-- Euro, erzielen könnte.

Darüber hinaus bestehen Zweifel, ob die für die Ersatzbeschaffung einer Kreissäge veranschlagten 38.000,-- Euro angemessen sind.

Wir beantragen insoweit die Deckelung auf 8.000,-- Euro.

Im Bereich der Park- und Gartenanlage ist für die Pflege von Bäumen im Innenbereich ein Ansatz in Höhe von 120.000,-- Euro im Haushalt vorgesehen. Wir beantragen, diesen um 25 %, mithin 30.000,-- Euro zu kürzen.

Vor Ausschreibung der Vergabe von Objekten sollten die Mitglieder des Gemeinderates Gelegenheit bekommen, um Verbesserungsvorschläge

betreffend der Bauvorhaben bereits im Ausschreibungsstadium in die künftigen Planungen einbringen zu können. Es ist nicht einsichtig, weswegen die vorhandene Fachkompetenz nicht genutzt wird.

Weiteren Einsparvorschlägen von anderer Seite stehen wir diskussionsbereit und offen gegenüber.

Ich bedanke mich bei den Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat für die hoffentlich gewährte Zustimmung zu unseren Anträgen. Der Verwaltung, insbesondere der Kämmereiamtsleiterin Frau Beck, danke ich für die Erstellung des Planentwurfes.

Ich möchte mit einem Zitat von Johann Wolfgang von Goethe schließen: „Über ein Ding wird viel geplaudert, viel beraten und lange gezaudert, und endlich gibt ein böses Muss der Sache widrig den Beschluss.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Axel Röckle, Fraktionsvorsitzender

**Anlage zur kommunalpolitischen Erklärung der Freien Wähler zum  
Haushalt 2016 / Stadt Leonberg:**

- Fortschreibung des Flächennutzungsplanes
- Planungsperspektiven für das Postgelände
- Erwerb des Gebäudes Bahnhofstraße 3
- Umgestaltung des Marktplatzes, zusätzliche 25.000,-- Euro
- Verbesserung des Sockels des alten Rathauses  
am Marktplatz, ebenfalls 25.000,-- Euro
- 50.000,-- Euro
- Gegenfinanzierung: Nichtbeschaffung Steinway-Flügel
- Gewerbeflächen, Erweiterungen in Gebersheim und Höfingen
- Stadthalle; Defizit
- Verbesserung der Aufenthaltsqualität am Bürgerplatz, Instandsetzung  
der Überdachung Vorplatz Stadthalle
- Stadthalle im Bereich der Zufahrt: Stellplätze
- Kino, Optimierung Anbindung ÖPNV
- Verbesserung Hochwasserschutz Mahdental
- Hauptsammler Kirchbachstraße
- Städtebauliche Nutzung des Parkplatzes gegenüber dem TSV-  
Gelände, Bruckenbachstraße
- Standort Wertstoffhof



- Toilettenanlage im Bahnhofsbericht: 50.000,-- Euro
- Umbuchung Treppenanlage Parkhaus Bahnhofstr. zu Stadtwerken
- Schnelles Internet für unsere weiterführenden Schulen, Generierung von Zuschüssen
- Verschiebung Ausbau Greutstraße
- Substanzverbesserung Straßen: 100.000,-- Euro
- Vorlage Gesamtabrechnung Sanierung Hallenbad/Sportzentrum
- Giebelbeleuchtung Rathaus Eltingen, Sponsoring
- Verlegung Ortseingangsschild Warmbronn (aus Richtung Leonberg kommend)
- Investition Radwegenetz, Umbuchung in Unterhaltung Feld-/Waldwege, die auch von Freizeitverkehr genutzt werden.
- Nutzung von Fachkompetenz von GR-Mitgliedern vor Ausschreibungen
- Höfingen: Optimierung Kreuzungsbereich Einmündungsbereich Landesstr. Schöckinen in Straße nach Ditzingen („Trölsch-Kreuzung“)
- Übersicht Kinderbetreuung bezügl. Personalausstattung und Auslastung
- Oberlinhaus: Sperrvermerk, Ortsbesichtigung
- August-Lämmle-Schule: kein Ausbau Mensa, 2-Schicht –Betrieb
- Schulhof Mörike Schule: Kürzung Mittelansatz für Schulhofgestaltung um 25.000,-- Euro

- Tartan-Plätze beim Sportzentrum: Reparatur statt Sanierung,  
Prüfauftrag betreffend Überdachung, Umgestaltung Eingangsbereich  
Sportzentrum
- VHS: Verlagerung von Kursen in ehemalige Schuhfabrik  
Überprüfung der Kurse auf Wirtschaftlichkeit, einsparung 40.000,--  
Euro
- Bücherei: Erarbeitung von Einsparpotentialen
- JMS: Einsparung von 50.000,-- Euro, ggf. Gebührenanpassung
- Leo-Bad: keine Wohnbebauung auf Liegewiese
- JKG: keine 0,5-Stelle für Jugendsozialarbeit
- Verschiebung Fenstersanierung Spitalschule, Kinderhaus Spitalhof,  
Theater Spitalhof
- Ezach-Kinderhaus: Besichtigung
- G 9 an einem der städtischen Gymnasien
- Personal: Hinterfragung Personalentscheidungen/Beförderungen
- Fahrzeugkosten: Einsparpotentiale aufzeigen
- Ordnungsamt: nur 1 zusätzliche Rotlichtüberwachungsanlage, und  
Verlegung der bestehenden Überwachungsanlage im  
Einmündungsbereich Berliner Str. an Westanschluss
- Rücklagenzuführung an Stadtwerke?
- Baubetriebshof: Besichtigung, insbes. Zur Ersatzbeschaffung  
anstehende Geräte/Fahrzeuge

Generierung von Einsparpotentialen bei Ersatzbeschaffung, insbes.

Großgeräteträger, wirtschaftliche Verwertung des zu ersetzenden

Fahrzeuges (z.B. Internet-Versteigerung)

Ersatzbeschaffung Kreissäge: Deckelung auf 8.000,-- Euro

- Pflege von Bäumen im Innenbereich: Kürzung HH-Ansatz um 30.000,--

Euro